



LYSSER SPot

MÄRZ 2018



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Am 25. März 2018 finden die Grossratswahlen statt und die Kandidierenden der SP Lyss-Busswil stellen Ihnen gerne die Hauptthemen vor. Wir sind auf jede Wähler/innenstimme angewiesen, wenn wir im Grossen Rat etwas bewirken wollen. Deshalb ist es uns wichtig, dass Sie unsere Positionen kennen.

Die nun bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat will mit drastischen Sparmassnahmen Steuersenkungen für Unternehmen verwirklichen und dies wird zu einer Zweiklassengesellschaft führen. Das Abbaupaket in der Novembersession hat deutlich gezeigt, dass die Sparwut keine Grenzen kennt und von der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat unterstützt wird. Als ehemalige Gemeinderätin Soziales und Jugend

setze ich mich auch auf Kantonebene gerne für Themen wie soziale Sicherheit und Gesundheit ein.

In der laufenden Revision des Sozialhilfegesetzes kämpfen wir dafür, dass die schweizweit anerkannten Unterstützungsrichtlinien der SKOS (Schweizerische Konferenz für öffentliche Sozialhilfe) nicht unterschritten und vollumfänglich anerkannt werden. Die Menschen in der Sozialhilfe sollen ein würdiges Leben führen können. Weiter fordern wir, dass die Krankenkassenprämien max. 10% vom verfügbaren Einkommen ausmachen dürfen. Trotz unserem erfolgreichen Referendum werden die Subventionen gegen den Volkswillen gekürzt.

Die Alterspolitik im Kanton Bern wird nach dem Motto «Ambulant vor Stationär» ge-

Inhalt SPot:

Nachhaltige Entwicklung
in allen Bereichen
Maya Bühler Gäumann

Seite 2

Sparen auf unsere Kosten –
einmal mehr!
Stefan Bütikofer

Seite 2

Personenfreizügigkeit,
Flankierende Massnahmen
und Mindestlöhne
Berthold Büscher

Seite 3

Wenn Frau will,
steht alles still
Katrin Meister

Seite 3

Der Mietwohnungswahnsinn
im Berner Seeland
Vinz Binggeli

Seite 4

staltet. Dazu braucht es aber gute Dienstleistungen wie Spitexdienste und Tagesstätten, damit die alten Menschen zu Hause leben können. Werden diese ergänzenden Dienste gekürzt, führt das zu Verwahrlosung, Notfallaufnahmen in Spitälern und vermehrten Heimeintritten. Die Verhandlungen des Spitex-Verbandes mit der GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) sind gescheitert und der Leistungsvertrag für eine Versorgung für alle ist gefährdet.

Sie sehen, es gibt auch in diesen Bereichen viel zu tun. Gerne nehme ich Ihre Stimme als Auftrag, mich eine weitere Legislatur im Grossen Rat für diese Anliegen einzusetzen.

Margrit Junker Burkhard
Grossrätin

Nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen

Nachhaltige Entwicklung ist für den Bund und die Kantone keine freiwillige Aufgabe. In der Bundesverfassung ist die Nachhaltige Entwicklung als Staatsziel festgeschrieben. Darin steht, dass Bund und Kantone verpflichtet sind, «ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits» anzustreben.

Folgende Grundgedanken liegen der Nachhaltigen Entwicklung zugrunde:

Von den Zinsen leben und nicht vom Kapital: Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Solidarität gestärkt und gleichzeitig der Umwelt- und Ressourcenverbrauch auf ein dauerhaft tragbares Niveau gesenkt werden.

Ganzheitliches Denken und Handeln: Wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Prozesse sind vernetzt zu betrachten. Das Handeln öffentlicher wie auch privater Akteure darf nicht isoliert und eindimensional erfolgen, sondern muss die Auswirkungen auf alle Dimensionen berücksichtigen.

Handlungsspielraum für zukünftige Generationen bewahren: Die Auswirkungen des heutigen Handelns auf die Zukunft sind einzuberechnen, damit die kommenden Generationen ihre Bedürfnisse auch decken können.

Solidarität innerhalb einer Generation: Globale Abhängigkeiten und Bedürfnisse sind zu berücksichtigen. Die Interessen aller Erdbewohner/innen sind einzubeziehen.

Diese Grundsätze gelten nicht nur in der Energiepolitik sondern in allen Bereichen der Gesellschaft. Alle Poli-

kerinnen und Politiker sollten sich danach richten. Das tun sie leider selten.

Ich bin davon überzeugt, dass es sich lohnt, das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung in den eigenen Werten und dem eigenen Handeln zu verankern. Auch wenn dies aufwändig erscheinen mag und nach aussen zunächst wenig Wirkung entfaltet, garantiert es, dass wir unseren nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen.



Maya Bühler Gäumann

Sparen auf unsere Kosten – einmal mehr!

Vor vier Jahren habe ich an dieser Stelle über die bürgerliche Sparpolitik geschrieben. Leider könnte ich denselben Text heute wieder verwenden, so wenig hat sich verändert. Einige der Beschlüsse konnten dank Vorstössen der SP oder dank eines Referendums rückgängig gemacht werden, aber die nächste Sparlawine ist bereits am Anrollen. Das neue Entlastungspaket soll die Kantonsfinanzen weiter entlasten und Steuersenkungen für Unternehmen ermöglichen. Aber wer bezahlt diese Entlastungen? Letztlich sind es wir alle. Nur weil die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat für gewisse Leistungen nicht mehr bezahlen will, heisst das nicht, dass sie nicht nötig sind. Hier ein paar Beispiele: Sparmassnahmen bei der familienexternen Kinderbetreuung bezahlen in aller Regel die Frauen, die

arbeiten möchten, aber nicht können. Wenn bei der Pflege gespart wird, bedeutet das schlechtere Qualität für die Pflegebedürftigen und höhere Kosten für ihre Angehörigen. Sparen in der Bildung bedeutet in letzter Konsequenz schlechter ausgebildete Fachkräfte und höhere Kosten in der Zukunft. Wird die Suchtprävention vernachlässigt, steigen die Kosten für die Behandlung suchtkranker Personen. Andere Leistungen, wie etwa Beiträge an das 10. Schuljahr, werden auf die Gemeinden abgewälzt und führen dort zu höheren Kosten. Die Liste liesse sich noch beliebig verlängern...

Kurzfristige Sparmassnahmen auf Kosten der Allgemeinheit, um Steuererleichterungen für wenige zu finanzieren, finde ich falsch. Hier braucht es ein Umdenken. Wenn unnötige Leistun-

gen abgebaut werden können, ist das sicher sinnvoll. Gute Bildung, Suchtprävention, Unterstützung für die Schwächsten, Hilfestellungen für die Integration oder gute Rahmenbedingungen für arbeitende Frauen und Männer sind aber alles andere als unnötig! Das alles braucht es für eine funktionierende Gesellschaft und damit sparen wir langfristig viel Geld. Dafür möchte ich mich im Grossen Rat einsetzen und ich hoffe, Sie unterstützen mich dabei – Herzlichen Dank!



Stefan Bütikofer

Personenfreizügigkeit, Flankierende Massnahmen und Mindestlöhne

Die SVP fordert die Abschaffung der Personenfreizügigkeit und der Flankierenden Massnahmen FlaM. Das ist ein Frontalangriff auf den Schweizer Lohn- und Arbeitnehmerschutz. Die Auswirkungen für die Arbeitnehmenden in der Schweiz wären verheerend. Lohndruck, prekäre Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen sowie der Verlust von Arbeitsplätzen wären die Folge.

Die Flankierenden Massnahmen wurden eingeführt, damit in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden. Pro Jahr werden mittlerweile über 160 000 Lohnkontrollen gemacht. Wo kontrolliert wird, werden auch Missbräuche aufgedeckt. In Branchen mit Mindestlöhnen erhalten Firmen mit zu tiefen Löhnen eine Busse oder werden gesperrt. Dank neuen GAV in der Reinigung, bei Temporären usw. sind wesentlich

mehr Arbeitnehmende gegen Dumping geschützt. Dank den GAV sind die tiefen und mittleren Löhne gestiegen.

Mit der Personenfreizügigkeit wurde das unmenschliche Saisoniers-Statut abgeschafft, welches nicht nur für die Betroffenen ein grosses Problem war. Es führte gesamtwirtschaftlich zu Dumping und zu einer unkontrollierten Tieflohn- und Tiefproduktivitätspolitik. Dank den FlaM werden endlich auch Landwirtschaftsbetriebe kontrolliert, die unter dem unmenschlichen Kontingentsystem viele Saisoniers schwarz und zu teilweise miserablen Arbeitsbedingungen angestellt hatten.

Die Personenfreizügigkeit gibt den ausländischen Arbeitskräften in der Schweiz mehr Sicherheit. Sie sind weniger der Willkür ihres Arbeitgebers ausgeliefert als unter dem Kontingentsys-

tem und können sich besser gegen Ausbeutung wehren. Auch SchweizerInnen können einfacher in der EU arbeiten.

Wer dies alles aufs Spiel setzt, verursacht Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Das nützt nur den Lohndrückern und Ausbeutern unter den Arbeitgebern. Diese waren es, die vom früheren, unmenschlichen Kontingentsystem profitiert haben. Ein solches System schadet jedoch auch den korrekten Firmen.



Berthold Büscher

Wenn Frau will, steht alles still

Dieser Slogan des ersten Schweizer Frauenstreiktages vom 14. Juni 1991 hat mich – damals 16-jährig – beeindruckt und geprägt. Obwohl das Frauenstimmrecht bereits seit 20 Jahren eingeführt war, lag punkto Gleichberechtigung noch immer vieles im Argen. Die Frauen wollten endlich ernst genommen werden, ihre Bewegung war kraftvoll und mutig. Alles schien möglich, wenn frau will. Das gefiel mir, gefällt mir noch heute.

Doch wo stehen wir heute? Einiges hat sich getan, doch leider nicht genug. In Kaderpositionen und in der Politik sind Frauen nach wie vor stark untervertreten. Seit Anfang Jahr sind im Lysser Parlament gerade noch neun Frauen (22,5%), der Gemeinderat ist mit dem Ausscheiden von Margrit Junker Burkhard gar ein reines Männergremium geworden.

Im Grossen Rat sitzen momentan 45 Frauen (28%). Meine Hoffnungen von 1991 haben sich damit bei weitem nicht erfüllt!

1897 schrieb Carl Hilty zum Frauenstimmrecht: «Die Freiheit besteht wesentlich darin, dass man an der Gesetzgebung teilnimmt (...)». An der Gesetzgebung teilnehmen kann nur, wer in Parlamenten angemessen vertreten ist. Deshalb müssen sich Frauen gleichberechtigt an politischen Entscheiden beteiligen und unsere Gesellschaft mitentwickeln können! Zudem sehen Frauen die Dinge anders als Männer. Gute Lösungen erfordern unterschiedliche Betrachtungsweisen. Die besten Lösungen entstehen, wenn sich Männer und Frauen gleichermaßen und gleichberechtigt einbringen können.

Heute liegt es in Ihrer Hand, den Frauenanteil im Grossen

Rat zu verbessern. Die SP legt im Seeland eine Frauenliste mit starken und weit-sichtigen Persönlichkeiten vor. Gesamthaft kandidieren im Seeland 129 Frauen, die unseren Kanton weiterbringen wollen. Sie haben die Wahl! Mit meiner Kandidatur möchte ich die Frauen ermutigen, sich aktiv an der Politik zu beteiligen, denn Politik geht uns alle an. Ich möchte mit anpacken, so dass wir in der nächsten Legislatur sagen können: «Nichts steht still, wenn frau will.»



Katrin Meister

Der Mietwohnungswahnsinn im Berner Seeland

Mit diesem Titel machte die Handelszeitung im November letzten Jahres auf die Mietwohnungsproblematik in Lyss aufmerksam. Im Gegensatz zu anderen (Stadt-)Gemeinden ist die Problematik nicht die einer enorm tiefen Leerwohnungsziffer, sondern im Gegenteil die einer besonders hohen. Vier bis fünf Prozent beträgt diese mittlerweile, während sie in der Schweiz durchschnittlich zwei Prozent beträgt. Dies trägt den Umstand, dass in den letzten Jahren ein regelrechter Bauboom herangezüchtet wurde. Mit teureren Wohnungen (1540 Franken für eine 2,5-Zimmer-Wohnung) wollte man gute Steuerzahlende von ausserhalb anlocken. Zwei Drittel der NeubezügerInnen der neuen Wohnungen kamen aber von innerhalb. Irgendwie müssen die leerstehenden neuen und alten Wohnungen aber gefüllt werden. Beim neugebauten Gerber Areal standen

nach vier Monaten im November noch die Hälfte der Wohnungen leer. Trotz der hohen Leerwohnungsziffer schaut Gemeindepräsident Andreas Hegg schon weiter nach Busswil. Eine Umzönung bei einem Bauern verfünzigfacht den Wert des Landes. Werde gebaut, so schöpfe die Gemeinde einen Drittel des Mehrwerts ab. «In die Gemeindekasse wurden so Millionen von Franken gespült», meint Hegg. Das klingt schon beinahe makaber, hat man doch in den letzten Jahren massenhaft Land zu halben Schleuderpreisen an Firmen verkauft. Beispielsweise hat das Parlament in Lyss Mitte letzten Jahres dem Verkauf von 10000 Quadratmeter Land an die Cendres + Metaux AG zugestimmt. Im Gegensatz zur Baurechtsabgabe kann die Gemeinde nicht mehr darüber verfügen, wenn sich die Bedürfnisse gewandelt haben, also bspw. kein Land mehr zur Verfügung steht.

Da vergisst man schnell den Vorsatz der Verdichtung. Teure Wohnungen gutverdienende Steuerzahlende anziehen sollen. Doch was ist eigentlich mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen? Man kann nicht nur Wohnungen bauen, es braucht auch ein kulturell vielfältiges Angebot für Lyss. Weshalb nicht der alte Werkhof auf dem Viehmarktplatz für ein Jugend- und Kulturzentrum zwischennutzen? Weshalb den Viehmarktplatz nicht den Menschen statt den Autos zur Verfügung stellen?



Vinz Binggeli

Agenda der SP Lyss-Busswil:

Jeden ersten Donnerstag im Monat:



Stammtisch in einem Restaurant Lyss-Busswil, Infos befinden sich auf der Homepage.

16. März
HV der SP Lyss-Busswil

25. März
Grossratswahlen

7. Mai
Parteiversammlung in Busswil

6. September
Parteiversammlung

22. November
Parteiversammlung

Weitere Informationen wie immer unter

www.splyss.ch



Impressum

SP Lyss-Busswil
7600 Exemplare

Redaktion:
Lukas Ruggli

Druck: Hertig + Co. AG

Grossratswahlen

Liste 8, 9 oder 11

am 25. März 2018
www.sp-be.ch
www.juso-be.ch

**FÜR DIE JUSO
IN DEN
GROSSEN RAT:**



Nicola Leuchter